



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Prinz Ferdinand zweiter Akt, zweiter Auftritt.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Prinz Ferdinand zweiter Akt, zweiter Auftritt.



och ist es ungewiß, ob das Schauspiel, welches mit der Berufung des Koburgers auf den Fürstenthron Bulgariens begann, als Tragödie oder als Komödie endigen wird. Bisher hatte es mehr von der letztern Gattung, namentlich der Held mit seiner Mama und den Intriganten, die ihn am Drahte hatten, entsprachen ihr ganz entschieden, und jedenfalls wäre es komisch, wenn Bulgarien allein oder richtiger eine dort herrschende Partei dem Willen dreier Großmächte, nachdem er ausgesprochen wäre, Troß zu bieten auch nur Miene machen wollte. Dieser Wille ist aber jetzt ausgesprochen und durch den Sultan, den Suzerän der Bulgaren, auch als sein Wille in Sofia mitgeteilt worden. Damit begann der zweite Auftritt im zweiten Akte des Stückes Prinz Ferdinand und seine Gönner, und dieser wird ohne Zweifel mindestens tragikomischen Charakter tragen, wenn die übrigen drei Großmächte sich nicht bald zu anderer Stellung zu dem russischen Verlangen, als ihre anfängliche war, entschließen. Das bleibt abzuwarten. Tritt es ein, so wäre Widerstand der Partei Stambuloffs nicht bloß eine Komödie, sondern eine Posse. Vorläufig genügt es, daß die Pforte dem russischen Antrage, der von Deutschland und Frankreich unterstützt wurde, entsprochen hat, indem der Großwesir an die bulgarische Regierung telegraphisch die Erklärung gerichtet hat, die Stellung des Prinzen Ferdinand an der Spitze des Vasallenstaates Bulgarien sei rechtlos; denn sie sei im Widerspruche mit den Bestimmungen des Berliner Friedensvertrages. Die Sache beschränkt sich aber nicht auf das verhältnismäßig kleine und schwache Bulgarien. Europa steht zwei russischen Bewegungen gegenüber, die offenbar als zusammenhängend aufzufassen sind. Während Melidoff, der russische Botschafter in Konstantinopel, angewiesen wurde, seiner ersten Note wegen einer Erklärung des Sultans gegen die Usurpation des Koburgers eine dringendere folgen zu lassen, ging der Vormarsch russischer Truppen gegen die polnischen Grenzen ohne Unterlaß weiter, das Kommissariat in Warschau häufte dort große Vorräte wie für einen Feldzug auf, und viele russische Offiziere, die sich auf Urlaub befanden, wurden zu ihren Regimentern einberufen. Also, wie es scheint, diplomatischer Druck bei der Pforte, verstärkt durch militärische Schachzüge — gegen Bulgarien? Wohl nicht gegen dieses

allein. Es kann nicht überraschen, daß die Geschäftswelt in Mitteleuropa sich infolge derartiger Nachrichten bekümmert fühlt, und daß der russische Papierrubel deshalb unaufhörlich im Werte sinkt. Man befürchtet, daß der Zar, der Unterstützung Deutschlands und Frankreichs sicher, von der Pforte nach dem Erfolge seines ersten Antrages mehr, die förmliche Absetzung des Koburgerz, verlangen werde, wodurch ein großer Aufstand der russischen Partei in Bulgarien ermutigt werden würde. Käme es dabei zu anarchischen Zuständen, indem die Parteien sich ungefähr die Wage hielten, oder würde von Stambuloff und Genossen, wie sie gedroht haben, die Republik erklärt, so könnte Rußland sicher auf eine stillschweigende Duldung einer Besetzung des Fürstentums durch russische Truppen, wo nicht auf ausdrückliche Gutheißung dieser Maßregel rechnen. So fürchtet man auf der einen, so hofft man auf der andern Seite, und nicht ohne allen Grund. Denn wenn kein solcher Zweck und Vorsatz hinter dem Verlangen Melidoff's sich verbirgt, so sieht man die Notwendigkeit des letztern schwer ein, da, wie gesagt, die Ungefestigkeit der Stellung des Koburger Prätendenten von allen Seiten zugegeben wird. Keine Macht hat einen diplomatischen Vertreter bei ihm beglaubigt oder irgendwie auch nur angedeutet, daß sie ihn als Fürsten von Bulgarien anerkenne. Er steht in dieser Beziehung ganz und gar in der Luft. Andererseits aber ist nicht wohl in Abrede zu stellen, daß er regiert, daß in seinem Namen die Ordnung aufrecht erhalten und das Gesetz gehandhabt wird, und daß sein Suzerän weniger Ursache hat, sich über ihn zu beklagen, als über seinen Vorgänger auf dem Fürstenthron und dessen russische Minister; denn er ist der erste Herrscher Bulgariens, der den ausgemachten Tribut des Landes in die Kassen der Pforte abgeführt hat. Über die erste Antwort der Türkei auf das russische Ansinnen giebt es verschiedene Berichte. Nach dem einen wäre anzunehmen, daß die rechte Hand des Sultans beim politischen Spiele ihre alte Gewandtheit noch nicht eingebüßt habe. Der Großherr soll sich nämlich erboten haben, den Koburger abzusetzen, falls alle Unterzeichner des Friedensvertrages einmütig dies verlangten, oder dies auch ohne diese Einstimmigkeit zu vollziehen, wofern Rußland ihm die Zurückerstattung des ost-rumelischen Gebietes an die Pforte, das ungesetzlich mit Bulgarien vereinigt wurde, verbürge. Die in der ersten Bedingung geforderte Einmütigkeit wird vielleicht zu beschaffen sein, aber wahrscheinlich nicht leicht und bald. Die zweite Bedingung wird Rußland in ein Dilemma versetzen. Das beliebteste Argument der geheimen Agenten des Panlawismus richtet sich an die Hoffnungen derjenigen Bulgaren, welche die Bestimmungen des Friedens von San Stefano wieder in Kraft treten zu sehen wünschen. Jene russischen Sendlinge sagen ihnen immer von neuem: „Wenn ihr euch den Wünschen des Zaren fügt, so kann und wird er die Vereinigung Ostromeliens mit Bulgarien zu einer dauernden machen und außerdem zu bewirken wissen, daß auch Mazedonien ein Glied des Bulgarenstaates wird.“ Derartige Versprechungen ließen sich natürlich nicht mehr zur

zur Agitation verwenden, falls Melidoff sich genötigt sähe, dem Sultan die Wiederkehr der ostrumelischen Bulgaren unter die direkte türkische Herrschaft bindend in Aussicht zu stellen, und der Kaiser Alexander würde in diesem Falle den Bulgaren und nicht minder der gesamten panslawistischen Partei in Rußland und anderwärts als offenkundiger Verbündeter der Macht erscheinen, von deren Knechtung sein Vater das Bulgarenland befreit hatte. Das würde aber eine aus verschiedenen Gründen bedenkliche Charakterveränderung in der Auffassung jener Kreise geben und vielleicht zu verhängnisvoller Entfremdung derselben führen.

Es liegt auf der Hand, daß der Krieg, der über diese Angelegenheit ausbräche, sich nicht auf das Fürstentum beschränken würde, welches als Vorwand für seinen Beginn diene. Im Hintergrunde steht die Nebenbuhlerschaft zwischen Österreich und Rußland auf der Balkanhalbinsel, welche seit vielen Jahrzehnten den europäischen Frieden bedroht. Österreich besitzt unter seiner Bevölkerung ein sehr starkes slawisches Element, welches, wenn die Regierung seinen weitgehenden Ansprüchen aus Rücksichten auf die andern Elemente nicht nachgeben kann, in ähnlicher Weise wie die Irländer im vorigen Jahrhunderte auf französischen Beistand gegen England und wie jetzt die Mißvergnügten in Elsaß-Lothringen auf dieselbe Hilfe gegen Deutschland rechnen, seine Blicke auf die moskowitzischen Panslawisten richtet, mit ihnen liebäugelt, von ihnen Sympathien und von ihrem Einflusse am Zarenhose Unterstützung der slawischen Sache heischt. Um diesen Teil seiner Unterthanen zu versöhnen und möglichst zu befriedigen, muß der Herrscher des dualistischen Donaufstaates in gewissem Maße unter anderm in den Balkanländern als Freund und Gönner der dortigen Slawen erscheinen. Andererseits aber wird diese Rolle durch das magyarische Element unter seinen Unterthanen wesentlich beschränkt. Er darf, seit dieses zu größerem Einflusse gelangt ist, nicht entschieden türkenfeindlich auftreten, weil dies die Slawen stärken und die Zwecke der Macht, auf deren Gönnerschaft sie rechnen, während die Magyaren sie seit 1849 fürchten und von Herzen verabscheuen, fördern würde. Dieser Zwiespalt zwischen den Slawen und den Magyaren Österreich-Ungarns erklärt großenteils die wechselnden, oft widerspruchsvollen Stellungen, welche die Staatsmänner in Wien in den letzten Jahrzehnten zu der türkischen Frage eingenommen haben. 1855 hatte der Kaiser Franz Josef, wie es schien, alle Ursache, sich mit dem Kaiser Nikolaus, der ihm 1849 die Krone durch Beistand gegen die ungarische Revolution gerettet hatte, bei dessen Angriff auf die Pforte zu verständigen und zu verbünden; aber die Überlieferungen seines Kabinetts führten ihn im Verein mit der Hoffnung auf Landwerbungen auf dem linken Ufer der untern Donau nach und nach auf die Seite der Gegner Rußlands, und zuletzt nahm sein Heer eine Stellung ein, welche die Türkei am Pruth vertheidigt haben würde, wenn der Krieg seinen Fortgang gehabt hätte und nicht vielmehr Rußland dort vor Österreich zurückgewichen wäre. 1875 sah man eine andre Politik einschlagen: zunächst wurden

die slawischen Insurgenten der Herzegowina, als sie von den Türken über die Grenze gedrängt waren, von den österreichischen Behörden freundlich aufgenommen und zwar entwaffnet, aber dann mit ihren Familien untergebracht und monatelang mit Lebensbedürfnissen versorgt; dann aber kam es zu einer Verständigung mit Rußland, die vorläufig geheim blieb, aber später enthüllt wurde, und ohne die der Krieg von 1877 nicht wohl unternommen worden wäre. Osterreich-Ungarn versprach darin gegen die Erlaubnis, sich in Bosnien und der Herzegowina in einer Weise festzusetzen, welche einer Einverleibung dieser bisher türkischen Provinzen nahekam und sie entschieden vorbereitete, dem Kreuzzuge Zar Alexanders auf der Balkaninsel Gewehr beim Fuße zuzusehen. Gegenwärtig finden wir die Leiter der Politik Osterreich-Ungarns wieder auf andern Wegen: sie nehmen eine Stellung ein, in welcher die dualistische Monarchie zwar als Freundin der christlichen Balkanlawen, aber nicht als Gegnerin der Türkei erscheint. Die Ostreicher und Ungarn sind getreue Nachbarn, vielleicht stille Bundesgenossen der Serben, der Rumänen und möglicherweise der Bulgaren, wobei sie sich hinsichtlich der letztern an den Berliner Frieden halten, in dessen Bestimmungen sie jedoch nicht wie andre Unterzeichner desselben zwischen den Zeilen lesen können, daß Rußland ein Protektorat über Bulgarien auszuüben befugt sei. Dieser Wechsel in der österreichisch-ungarischen Politik hat begreiflicherweise bei den Russen ebenso viel Anstoß erregt und böses Blut gemacht als die „Undankbarkeit,“ die 1855 auf die Freundschaftsdienste von 1849 folgte. Doch ergibt sich daraus noch nicht, daß Osterreich-Ungarn sofort geradezu angegriffen werden wird. Die an seiner östlichen Grenze zusammengezogenen russischen Truppenmassen können nur als eine Mahnung dienen sollen, daß es, falls es in Bulgarien gegen Rußland auftritt, zu befürchten hat, den Streitkräften des Zaren in den ehemals polnischen Landen zu begegnen. Die Russen sagen ungefähr folgendes: „Wir verlangen auf Grund des Berliner Friedens, daß uns ein thatsächliches Protektorat über Bulgarien eingeräumt werde, und Deutschland sowie Frankreich finden diese Forderung in der Ordnung. Wir sind zu dieser Schutzherrschaft ebenso gut und noch besser berechtigt als Frankreich zu der seinen in Tunis, Osterreich zu seiner Gewalt über Bosnien, England zu seiner Regierung in Ägypten. Wir werden unsern Einfluß in Bulgarien mit allen Mitteln wieder geltend machen, durch die Pforte, durch unsre Agenten am Balkan, und, falls Unordnungen eintreten, durch ein Okkupationsheer. Sollte uns Osterreich-Ungarn dabei durch einen Angriff stören und hindern, so würde es das ohne seinen deutschen Verbündeten, also auf eigne Gefahr hin, wagen, und als eine Warnung vor solcher Einmischung ziehen wir unsre Truppen in Polen zusammen.“ Das ist gegenwärtig unsrer Überzeugung zufolge der Stand der bulgarischen Frage, soweit sie die mit uns zu Verteidigungszwecken verbündete Großmacht an der Donau angeht. Sie soll gewarnt, wenn man will, eingeschüchtert werden, und zu gleicher Zeit

bemüht man sich, die Geduld der in Bulgarien herrschenden Partei zu ermüden und zu entmutigen. Daraus folgt noch nicht, daß die Krisis beschleunigt und der Katastrophe rasch entgegengeführt werden wird. Doch steht es politischen Bestimmten frei, den Ausbruch eines Krieges zu fürchten, wo die historische Eifersucht und Nebenbuhlerschaft zweier Großmächte in Bulgarien einen örtlichen Punkt findet, der sie zum Zusammenstoße reizt. Wir unsererseits glauben, diese Furcht noch nicht teilen zu müssen. Jedenfalls wird der Friede noch einige und zwar geraume Zeit erhalten bleiben und nur die diplomatische Kampagne fort dauern, die russischerseits vor kurzem wieder eröffnet worden ist, und bei der ihm bisher Deutschland seinen Beistand zu gewähren für billig, nützlich und erlaubt hielt. Die maßgebenden Kreise in Rußland werden sich schwer entschließen, zum äußersten zu schreiten, und in Wien wird man ebenfalls nicht leichtfertig das Schwert ziehen, wo die Feder noch auszureichen scheint, um eine Lösung zu vermitteln, die beiden Parteien wenigstens in den Hauptpunkten Befriedigung gewährt. Sene Kreise in Rußland werden sich ohne Zweifel die Gefahren vergegenwärtigt haben, vor denen sie stehen würden, wenn sie wirkliche österreichische Interessen verletzen wollten, und sich klar sein über die Aussichten eines Angriffs auf eine Macht, welche sich im Besitz einer fast wunderbaren Elastizität und Ausdauer in den schwersten politischen Prüfungen gezeigt hat. Vor uns liegt eine kürzlich erschienene Schrift des englischen Obersten Maurice, die den Titel führt *The Balance of Power in Europe*, und in der wir folgendem treffenden Urteile begegnen: „Es giebt kein Kapitel in der Weltgeschichte, das merkwürdiger wäre als das, welches von Österreichs Schicksalen berichtet. Es ist die Geschichte des Triumphs diplomatischer Kunst über den Krieg und doch einer diplomatischen Kunst, die allezeit in ihrer Kraft und Macht von einem gewissen Maße militärischer Stärke abhängig. Uns scheint es, als ob, wenn auch der heterogene Charakter der Monarchie, welche deren Armeen stets schwächte, jetzt mehr als je vorher zu Tage tritt, Österreich in einem Kampfe mit Rußland, der in einem oder zwei Jahren stattfinden könnte, praktisch stärker sein würde als zu irgend einer frühern Zeit seiner Geschichte.“ Und an einer andern Stelle des Buches heißt es: „Noch niemals ist Österreich in einen Krieg eingetreten, wo die Ungarn mit leidenschaftlichem Eifer sich in seine Reihen stellten, wo sein Heer keine italienischen Regimenter zählte, die stets bereit waren, die in verhaßtem Dienste getragenen Waffen zu strecken, wo ein günstiger Augenblick dazu Gelegenheit bot. Die deutsche Anhänglichkeit an Staat und Dynastie aber ist noch heute so warm und fest wie ehemals.“ Wir dürfen hinzufügen, daß bei jedem Zusammenstoße mit Rußland, der aus der bulgarischen Frage folgte, die große Mehrzahl der christlichen Völkerschaften am Balkan und der untern Donau mit Österreich sympathisiren und ihnen vielleicht mit den Waffen beistehen würde, was sicher von den Serben und wohl auch von den Rumänen zu erwarten ist. Diese Betrachtungen werden von verständig denkenden Russen gewiß ganz ebenso an-

gestellt worden sein als von andern nüchternen und unverblendeten Leuten in Europa. Wir glauben deshalb, daß Kaiser Alexander, wie hartnäckig er auch das, was er als sein Recht und Interesse ansieht, durch diplomatische Manöver verfolgen und diese letztern durch Truppenbewegungen zu unterstützen fortfahren mag, sich zweimal und dreimal besinnen wird, ehe er das Zeichen zu einem Kriege giebt, der, abgesehen von der Macht Oesterreich-Ungarns, auch die Finanzen Rußlands, die ohnehin in bedenklichem Zustande sind, bis auf den Grund erschüttern und zweifellos den Staatsbankrott zur Folge haben würde.

Hierüber noch einige Worte, bei denen wir uns auf das Urtheil eines fachmännischen Beobachters stützen, der sich in die Lage der Gläubiger Rußlands versetzt hat und sich auf Grund seiner Kenntniß die Frage beantwortet: Wie lange wird der russische Staat noch imstande sein, die Zinsen seiner ungeheuerlich angewachsenen Schulden zu bezahlen? Rußland hat dies bisher, wie zugegeben werden muß, mit größter Pünktlichkeit gethan, die keinerlei Tadel zuließ. Trotzdem ist jene Frage am Platze, und sie ist umso berechtigter, wo einerseits diese Zinsenlast durch die Erhöhung des Goldagio sich in bedenklichster Weise vergrößert, und anderseits vom Staate riesenhafte Summen für Zwecke ausgegeben werden, die lediglich mit der Erhöhung des Ansehens Rußlands in der slawischen Welt im allgemeinen und insbesondre unter den Südslawen zusammenhängen. In diesem Sinne soll die bulgarische Frage geordnet werden, aber dies wird nur ohne Schaden für die russischen Finanzen geschehen, wenn man sich entschließt, friedliche Wege zu gehen und durch billige Einschränkung seiner Ansprüche mit diplomatischen Mitteln zu einem Abkommen zu gelangen. Rußland aber nahm bisher mit den Vorbereitungen auf Gewaltschritte von Tage zu Tage neue Lasten auf sich, die es zuletzt mit gebieterischer Macht in die Nothwendigkeit versetzen müssen, entweder von der Bedrohung und Einschüchterung zum Losschlagen überzugehen und *Va banque* zu rufen oder seine ganz Europa mit seinen Geldinstituten schwer beunruhigende Rolle als Friedensstörer endgiltig oder doch auf lange Zeit aufzugeben. In dem Augenblicke, wo Rußland erklärt, es strebe nicht einseitig und rücksichtslos die Lösung der bulgarischen Frage an, es sei vielmehr bereit, die Lösung derselben in Gemeinschaft mit allen Unterzeichnern des Berliner Vertrages und mit Unterordnung seiner eignen Ansichten und Ansprüche unter die Beschlüsse einer Konferenz jener Unterzeichner zu versuchen, in diesem selben Augenblicke ist der Druck, welcher jetzt auf der europäischen Finanzwelt lastet und unter welchem Rußland weit mehr als seine Nachbarn leidet, ohne weiteres beseitigt, sodaß es nicht erst einer akademischen Beurteilung der Zustände in Bulgarien und des Fürsten bedarf, den es sich gegen Vertrag und Recht gegeben hat. Vielmehr braucht nur jenes erlösende Wort gesprochen zu werden, um wie ein Zauberspruch zu wirken, das Vertrauen auf Erhaltung des Friedens zu wecken und zu beleben, Handel und Wandel zu stärken und zu heben, Rußlands finanzielles Ansehen an den Börsen und den frühern

Grenzboten I. 1888.

Kurs des Papierrubels wiederherzustellen. Was das Sinken desselben für den Kredit des russischen Staates bedeutet, ist schon wiederholt erörtert worden. Aber einen vollkommen klaren Begriff von der Größe der Lasten, welche das dem Auslande verschuldete Rußland auf seine Schultern genommen hat, erhält der Leser, der nicht die Börse besucht oder nicht Finanzwissenschaft studirt hat, doch erst, wenn er auf die vielen auswärtigen und in Gold zu verzinsenden oder zurückzahlenden Anleihen aufmerksam gemacht wird, welche Rußland im Verlaufe der letzten achtzehn Jahre aufgenommen hat. Da haben wir die in England kontrahirten Anleihen der Jahre 1870, 1871, 1872, 1873 und 1875, die einen Nominalbetrag von insgesammt 69 Millionen Pfund Sterling haben, von denen erst ein geringer Bruchtheil getilgt ist, und unter dem die ersten vier mit fünf von Hundert verzinst werden, die letzte dagegen nur $4\frac{1}{2}$ prozentig ist. Dann folgen nacheinander die fünfprozentige auswärtige Goldanleihe von 1877 im Betrage von 15 Millionen Pfund, die vierprozentige Anleihe von 1880, 150 Millionen Metallrubel, die sechsprozentige Rente von 1883, 50 Millionen Rubel in Gold, die fünfprozentige Anleihe desselben Jahres, 15 Millionen Pfund und die neue Goldrente zu fünf Prozent, 20 Millionen Goldrubel. Rechnen wir diese Schulden, die ungefähr 835 Millionen Goldrubel ausmachen, mit einer Verzinsung von durchschnittlich fünf Prozent, so giebt das, von der Tilgung abgesehen, eine Jahresausgabe von etwa 42 Millionen Rubel in Gold. Um diese zu beschaffen, bedurfte man zu Anfang des Jahres 1886, wo der Rubelkurs noch 204 stand, eine Summe von 66 250 000 Papierrubel. Jetzt, wo der Papierrubel sich dem Kurse von 161 genähert hat, wo also für einen goldnen Rubel zwei papierne gegeben werden müssen, würde der russische Finanzminister zur Bezahlung von 42 Millionen Zinsen in Gold die Summe von 84 Millionen Papierrubel ausgeben müssen, d. h. eine um ungefähr 18 Millionen Rubel höhere Summe als vor zwei Jahren. Hierbei sind die Eisenbahnbürgschaften noch nicht berücksichtigt.*) Unter solchen Umständen ist denn, auch wenn man bei der russischen Regierung den besten Willen voraussetzt, die Schulden des Reiches prompt zu verzinsen und zu tilgen, die weitverbreitete Befürchtung unsrer Kapitalisten, Rußland werde eines Tages das dazu erforderliche Geld nicht anders mehr aufzutreiben imstande sein, als durch die Arbeit der Notenpresse, nur sehr erklärlich, und diese Befürchtung muß, so lange die russische Politik nicht andre Bahnen einschlägt, immer von neuem dazu beitragen, den Rubelkurs herabzudrücken.

*) Vgl. den Aufsatz im 2. Hefte der diesjährigen Grenzboten.

